

„Sozialstaatsgebot verletzt“

„Die Wohnungsnot in Deutschland verschlimmert sich dramatisch – sozialer Wohnungsbau bricht ein“, so die Schlagzeilen. Umso fassungsloser liest man den Bericht über die Haushaltsberatungen im Halterner Rat: Die Forderungen von SPD und grüner Fraktion nach bezahlbaren Sozialwohnungen auch im teuren Haltern wurden von CDU und WGH abgelehnt. Der langjährige Ratsherr und Fraktionsvorsitzende der Wählergemeinschaft forderte stattdessen als praktizierender Immobilienmakler eine Definition von „bezahlbaren Wohnungen“ und wer die Kosten dafür übernehmen solle.

Die Antwort ist einfach: Es geht um öffentlich geförderte Sozialwohnungen für Normalverdiener und Geringverdiener, für Armutsrentner und Geflüchtete – für über 3.000 Menschen in der Stadt. Dafür stehen Fördergelder des Landes bereit, werden aber in Haltern nicht abgerufen. Haltern ist Schlusslicht im Land beim sozialen Wohnungsbau, aber Spitzenreiter bei den übersteuerten Immobilien- und Mietpreisen. Es fehlen akut mindestens 2.000 Sozialwohnungen für die 1.800 Anwärter für einen Wohnberechtigungsschein mit ihren 3.000 Familienangehörigen und darüber hinaus. Tatsächlich gibt es aber nicht einmal 300 Sozialwohnungen in Haltern, bis 2025 sogar nur noch 200 wegen Fortfall der Sozialbindung. Es müssten min. 10% von den insg. 18.000 Wohnungen im Stadtgebiet öffentlich gefördert werden, es sind aber nur 1,5 %. Über 400 Personen leben dauerhaft auf Halterner Campingplätzen, weil sie sich eine richtige Wohnung nicht mehr leisten können, andere verlassen ihre Heimatstadt in preiswertere Nachbarstädte.

Trotzdem wird in den Neubaugebieten wie Nesberg oder Katharinenhöfe keine Sozialwohnung eingeplant. Warum nicht bei 100 Komfortwohnungen 90 frei finanziert und 10 Sozialwohnungen, die auch 4% Rendite erbringen? Reicht das den Bauunternehmen nicht aus, die der Stadt „kein Interesse an Sozialwohnungen“ erklärt haben. Die Stadt macht es nicht zur Auflage, sie hat selber keine bedarfsgerechten Konzepte, geschweige eine Wohnungsbaugesellschaft wie andere Städte. Sie macht nicht von ihrem Vorkaufsrecht gebraucht, aber denkt jetzt wenigstens über Erbpachtmodelle nach. Allein die katholische Kirchengemeinde in Haltern hat sich des Problems angenommen mit ihrer Initiative „Netzwerk für bezahlbares Wohnen“. Das entlässt die Stadt aber nicht aus ihrer Sozialstaatsverpflichtung, die in Haltern verletzt wird.

Wilhelm Neurohr